arbeit+
SOZIALE UNTERNEHMEN ÖSTERREICH

Langzeitarbeitslosigkeit

arbeit plus - Themenpapier

Stand: 10. Oktober 2017

In 20 Sekunden

Nach dem Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 2011 und 2016 zeichnet sich 2017 eine leichte Trendwende ab. Der aktuelle Aufschwung reicht zwar aus, um die Arbeitslosigkeit zu senken, bei langzeitarbeitslosen Menschen kommt er jedoch nur abgeschwächt an. Lange dauernde Erwerbsarbeitslosigkeit betrifft mittlerweile immer mehr Menschen: 2016 galten schon mehr als ein Drittel aller arbeitssuchenden Menschen als langzeitbeschäftigungslos. Ihre Situation ist oft von Hoffnungslosigkeit und Perspektivenlosigkeit geprägt. Wir fordern einen Kurswechsel, der allen Menschen Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht. Dazu braucht es nicht nur dauerhaft geförderte Arbeitsplätze in Sozialen Unternehmen, sondern auch die Wiederentdeckung der Arbeitszeitverkürzung als Instrument der Arbeitsmarktpolitik.

arbeit+
SOZIALE UNTERNEHMEN ÖSTERREICH

Inhalt

Unser Zugang zum Thema 4

Arbeitslosigkeit bekämpfen & Teilhabe ermöglichen 4

Daten & Fakten 5

Langzeitbeschäftigungslosigkeit im Jahr 2016 5

Entwicklung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit 9

Langzeitarbeitslosigkeit in Europa 12

Kurz erklärt 14

Definitionen 14

Folgen lange dauernder Arbeitslosigkeit 17

Hartz IV ist keine Alternative für die österr. Arbeitsmarktpolitik 23

Erfahrungen aus den Sozialen Unternehmen 27

Romana Kölbler, Halleiner Arbeitsinitiative (HAI) 27

BauKarussell schafft mit Re-Use neue Arbeitsplätze am Bau 28

arbeit plus fordert 29

Literatur 33

arbeit plus 34

arbeit+
SOZIALE UNTERNEHMEN ÖSTERREICH

Unser Zugang zum Thema

Arbeitslosigkeit bekämpfen & Teilhabe ermöglichen

Lange dauernde Arbeitslosigkeit ist für alle Seiten ein Problem

Die Sozialen Unternehmen wissen aus Erfahrung: Lange andauernde Arbeitslosigkeit macht die betroffenen Menschen krank, arm und verzweifelt. Erwerbsarbeitslosigkeit ist eine der größten Armutsfallen und je länger sie dauert, desto größer ist die Gefahr, in Armut abzurutschen. Bei zunehmender Dauer werden auch Qualifikationen und Berufserfahrungen entwertet und die Hürden für den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben immer höher.

Doch lange dauernde Erwerbsarbeitslosigkeit wird nicht nur von den betroffenen Menschen als Problem wahrgenommen. Sie kommt aufgrund der steigenden Abhängigkeit von Transferleistungen auch den Sozialstaat teuer zu stehen und trägt zur Krise der Demokratie bei. Denn langzeitarbeitslose und benachteiligte Menschen machen deutlich seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Ihre Stimmenthaltung ist die letzte Konsequenz, des von Ihnen permanent gespürten Gefühls nicht mehr zur Gesellschaft dazu zu gehören.

Jede dritte erwerbsarbeitslose Person ist langzeitbeschäftigungslos

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: War 2013 nur jede fünfte erwerbsarbeitslose Person langzeitbeschäftigungslos, so war es 2016 bereits jede dritte. Wir sind überzeugt, dass Langzeitbeschäftigungslosigkeit nicht zu einem Massenphänomen werden darf. Denn Menschen mit geringen Jobchancen keine nachhaltige Perspektive am Arbeitsmarkt aufzuzeigen hieße, sie im Stich zu lassen.

Förderungen für Arbeitsmarktpolitik fließen wieder an den Staat zurück

Jeder Euro an Fördergeldern, der für neue, innovative und nachhaltige Beschäftigungsmodelle verwendet wird, ist gut investiert und fließt über Steuern innerhalb weniger Jahre wieder an den Staat zurück. (vgl. FISCACTIVE Group 2016)

Dazu kommt: Eine existenzsichernde Erwerbsarbeit ist zentral, um Menschen Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht. Wenn Österreich dieses ernst nehmen will, muss die Regierung sinnvolle und nachhaltige Angebote für jene Personen entwickeln, die am Arbeitsmarkt keine Chance erhalten.

Soziale Unternehmen unterstützen Betroffene beim Wiedereinstieg

Soziale Unternehmen spielen bei der nachhaltigen Integration von langzeitbeschäftigungslosen Menschen am Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Durch Beschäftigung, Beratung und Qualifizierung dienen sie Menschen, die durch den Arbeitsmarkt benachteiligt werden, als Sprungbrett zurück ins Erwerbsleben.

Neben einer ausreichenden Finanzierung für diese Aufgabe fordert arbeit plus deshalb auch verbesserte Rahmenbedingungen für Soziale Unternehmen: Mehr unternehmerische Freiheit sowie die gezielte Vergabe öffentlicher Aufträge an Soziale Unternehmen würde diesen – und damit auch arbeitssuchenden Menschen – enorm viel bringen.

Daten & Fakten

Langzeitbeschäftigungslosigkeit im Jahr 2016

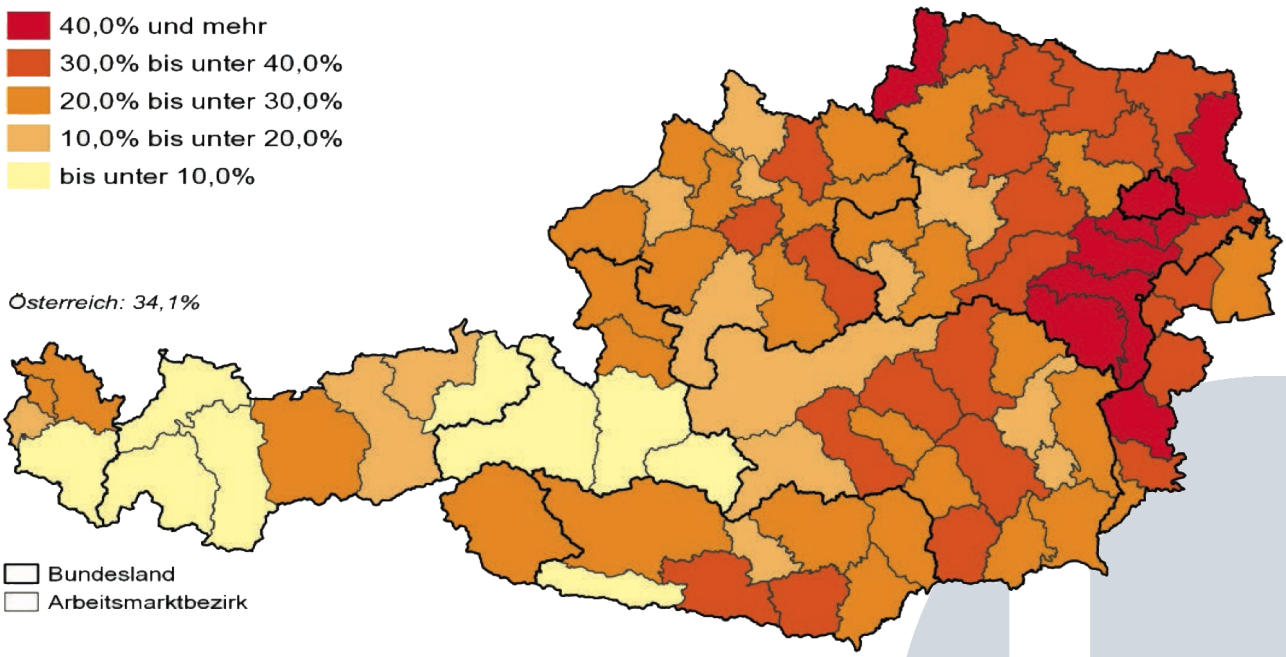
Langzeitbeschäftigungslosigkeit misst verfestigte Arbeitslosigkeit

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren wurde von Medien und Politik breit behandelt. Weniger im Blickfeld kam es gleichzeitig zu einem dramatischen Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit. So bezeichnet der im Jahr 2002 entwickelte Indikator des Arbeitsmarktservice Österreich jene Personen, die sich seit mehr als einem Jahr in verfestigter, lange andauernder Arbeitslosigkeit befinden.

Als langzeitbeschäftigungslos werden Menschen bezeichnet, die beim AMS Österreich länger als 365 Tage in unterschiedlichen Arbeitsmarkt-Status vorgemerkt waren. Dafür werden unter anderem Zeiten der Arbeitslosigkeit, Lehrstellensuche oder Schulungsteilnahme zu einem Geschäftsfall zusammengefasst. Dieser wird erst nach einer Unterbrechung von mehr als 62 Tagen beendet. (Grieger 2015, 2) Eine langzeitbeschäftigungslose Person, die zwar einen neuen Arbeitsplatz findet, diesen nach wenigen Tagen jedoch wieder verliert, bleibt damit

Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an allen arbeitslos vorgemerkten Personen im Jahr 2016 nach Arbeitsmarktbezirken

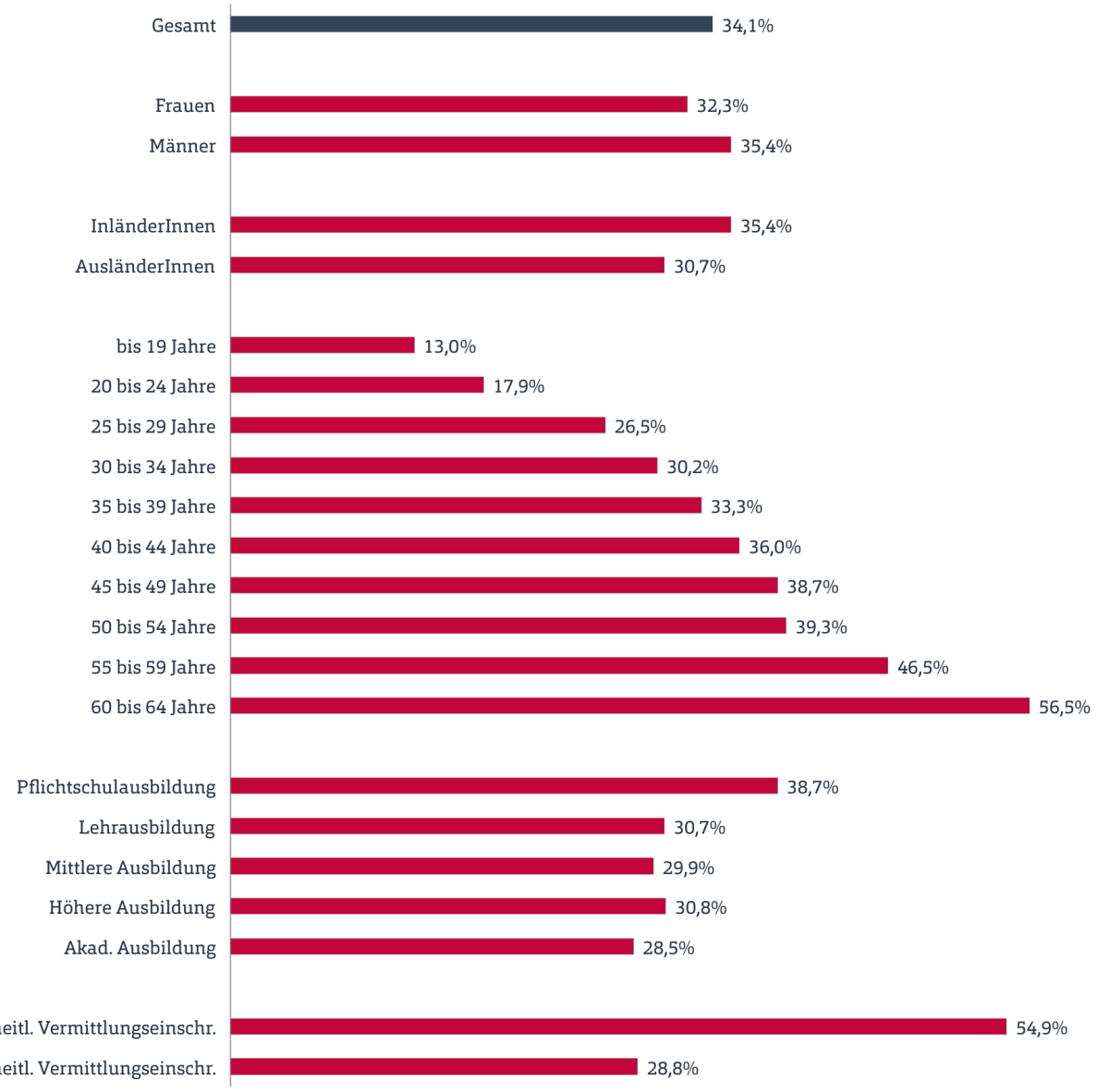
Quelle: AMS Österreich (2017): Arbeitsmarktlage 2016



Lesehilfe: In Wien, sowie in Teilen Niederösterreichs und des Burgenlandes waren im Jahr 2016 bereits mehr als 40 Prozent der arbeitslos vorgemerkten Personen langzeitbeschäftigungslos. In den westlichen Bundesländern wie Vorarlberg, Tirol und Salzburg liegt der Anteil mit stellenweise unter 10 Prozent deutlich niedriger.

Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an allen arbeitslos vorgemerkten Personen nach Personenmerkmalen (2016)

Quelle: AMS Österreich (2017): Arbeitsmarktlage 2016



Lesehilfe: Im Jahr 2016 galten 34,1 Prozent aller beim AMS vorgemerkten Arbeitslosen als langzeitbeschäftigungslos. Besonders ältere Menschen, Personen mit höchstens Pflichtschule sowie Menschen mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen sind überdurchschnittlich oft von lange andauernder Arbeitslosigkeit betroffen.

weiterhin langzeitbeschäftigungslos. Denn die kurze Erwerbstätigkeit hat – ebenso wie beispielsweise eine Teilnahme an einer längeren Schulung des AMS – nicht zu einer nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt geführt.

Das AMS veröffentlicht neben der Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Personen insgesamt auch Daten zur Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Personen, die am relevanten Stichtag gerade arbeitslos vorgemerkt sind. Damit wird es möglich die Langzeitbeschäftigungslosigkeit auch mit der Arbeitslosigkeit in Bezug zu setzen.

Jede dritte arbeitslose Person ist langzeitbeschäftigungslos

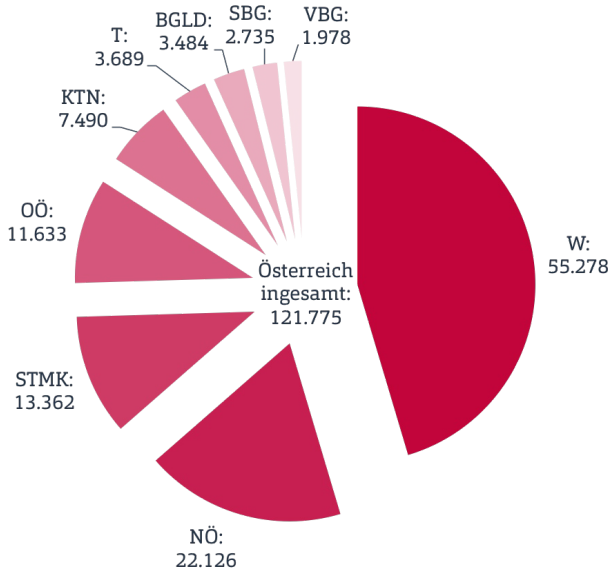
Im Jahresdurchschnitt 2016 galten 121.775 Personen als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose. Damit hat sich der seit dem Jahr 2011 andauernde Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit auch 2016 weiter fortgesetzt.

In Österreich war im Jahr 2016 bereits mehr als ein Drittel (34,1%) der arbeitslosen Personen langzeitbeschäftigungslos. Das Risiko langzeitbeschäftigungslos zu werden ist regional jedoch sehr unterschiedlich verteilt.

In Teilen von Vorarlberg, Tirol und Salzburg liegt der Anteil der langzeitbeschäftigungslosen Menschen an allen Arbeitslosen mit unter zehn Prozent relativ niedrig. Ganz anders ist die Situation im Osten Österreichs, wo die Probleme am Arbeitsmarkt viel stärker ausgeprägt sind. In Wien sowie in Teilen von Niederösterreich und dem Burgenland liegt der Anteil der

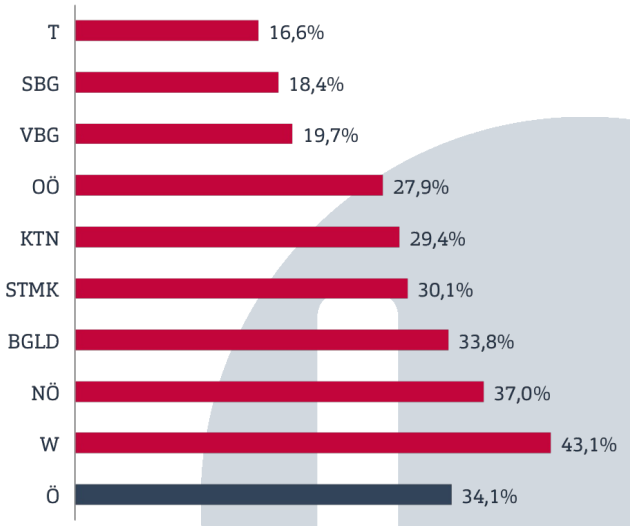
Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose im Jahr 2016

Quelle: AMS Österreich



Anteil langzeitbeschäftigungsloser Menschen an Arbeitslosen insgesamt (2016)

Quelle: AMS Österreich



langzeitbeschäftigungslosen Menschen an den arbeitslos vorgemerkten bereits über 40 Prozent. (AMS Österreich 2017, 24)

Vor allem Ältere, gering Qualifizierte sowie Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen betroffen

Nicht alle Menschen tragen das gleiche Risiko langzeitbeschäftigungslos zu werden. Arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene finden in den meisten Fällen schnell wieder einen neuen Arbeitsplatz. Auch gut ausgebildete und gesunde Menschen finden in der Regel schnell wieder aus der Arbeitslosigkeit heraus.

Im Gegensatz dazu sind ältere Menschen, sowie Personen mit gesundheitlichen Problemen oder mit geringer formaler Ausbildung (höchstens Pflichtschulabschluss) überdurchschnittlich oft von Langzeitbeschäftigungslosigkeit betroffen. Auf viele langzeitbeschäftigungslose Menschen treffen mehrere dieser Risikofaktoren gleichzeitig zu. (ebd., 25) Diese Menschen können als „Verlierer/innen der Krise" gesehen werden, die „auch bei anziehendem Wirtschaftswachstum wenig Chancen auf dauerhafte Beschäftigung" (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2017, 8) haben.

Entwicklung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit

Langzeitbeschäftigungslosigkeit: dramatischer Anstieg seit 2012

In der Vergangenheit verfolgte das AMS Österreich jahrelang das Ziel, das Risiko arbeitslos zu werden möglichst gleich zu verteilen. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten dazu beitragen, die Verfestigung von Arbeitslosigkeit zu verhindern und den Arbeitsmarkt in Bewegung zu halten. Denn lange andauernde Arbeitslosigkeit führt nicht nur zu Armut und Ausgrenzung, sondern entwertet auch die Qualifikationen und Berufserfahrungen der betroffenen Menschen. Dadurch wird langzeitarbeitslosen Menschen der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt selbst bei einer besseren Wirtschaftslage erschwert.

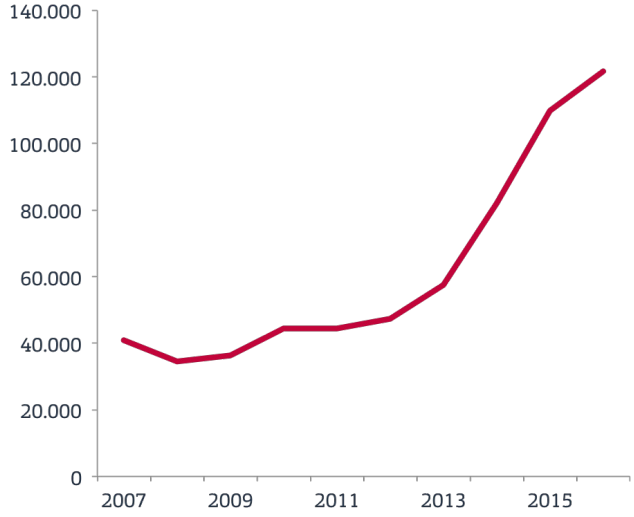
Verdreifachung während der Wirtschaftskrise

Doch während der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre kam es zu einem deutlichen Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Waren im Jahr 2008 nur rund 34.500 Menschen langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose, so waren im Jahr 2016 bereits 121.800 Personen von lange andauernder Arbeitslosigkeit betroffen, rund 60 Prozent davon Männer. Die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Menschen hat sich damit innerhalb von nur acht Jahren mehr als verdreifacht.

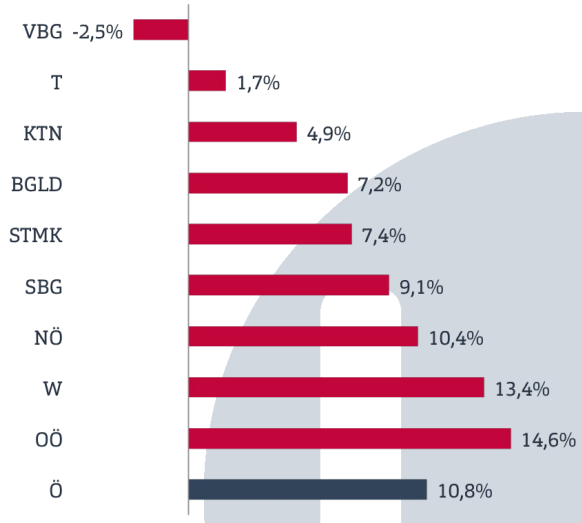
Innerhalb des letzten Jahres ist die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen in fast allen Bundesländern weiter angestiegen. Nur in Vorarlberg konnte 2016 ein Rückgang von rund 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden.

In den meisten Bundesländern liegt der Anstieg der

Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose in Österreich von 2007 - 2016
Quelle: AMS Österreich



Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose im Jahr 2016
(Veränderung zum Vorjahr in Prozent)
Quelle: AMS Österreich



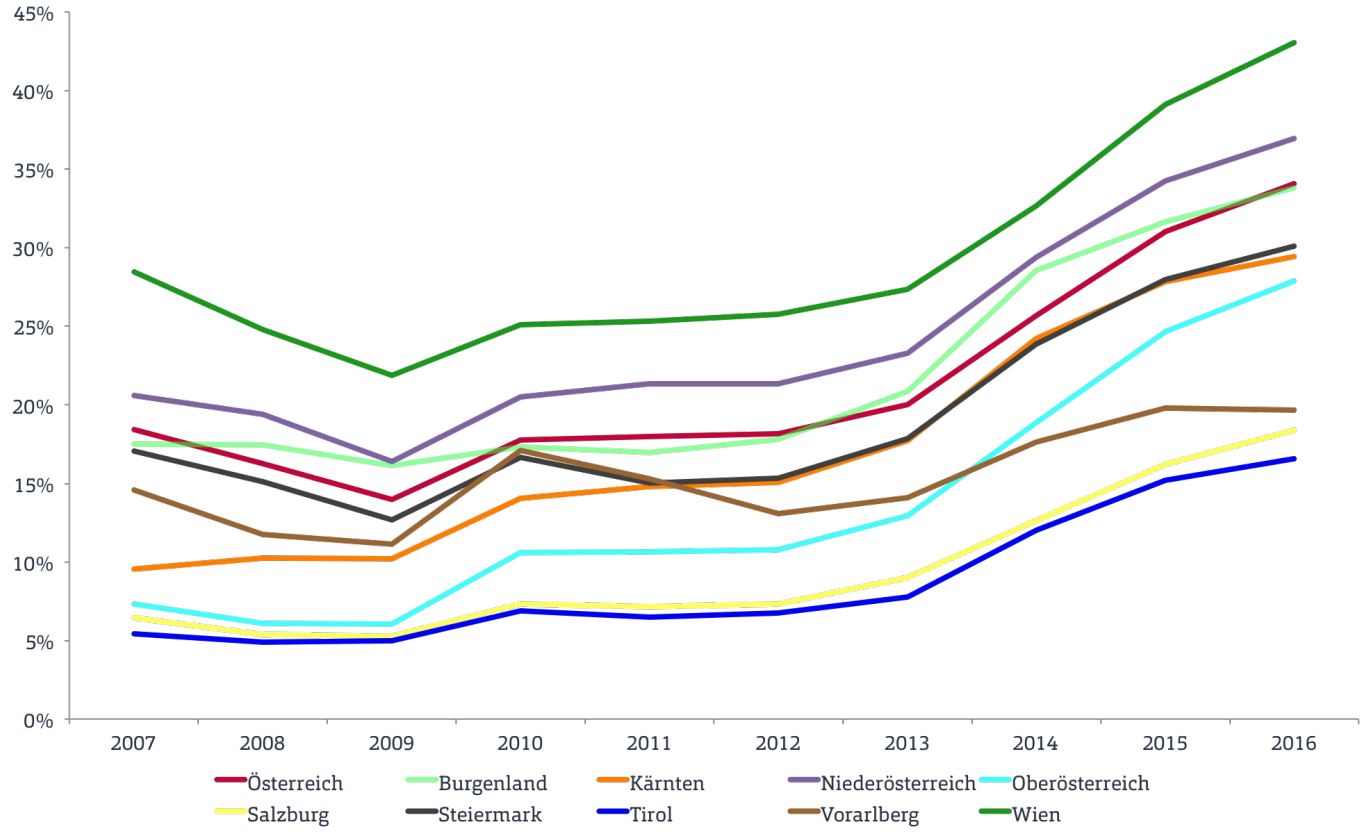
Langzeitbeschäftigungslosigkeit zwischen 2007 und 2016 nahe beim bundesweiten Durchschnitt. Zwei Bundesländer stechen jedoch besonders hervor: In Vorarlberg ist der Anteil der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen in den letzten Jahren kaum gestiegen. Ganz anders hat sich jedoch die Situation in Oberösterreich entwickelt: Während im Jahr 2007 nur etwas mehr als sieben Prozent der Arbeitslosen als langzeitbeschäftigungslos galten lag dieser Wert im Jahr 2016 bereits bei rund 28 Prozent.

Immer mehr Menschen werden vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen

Ein Teil dieses Anstiegs in absoluten Zahlen ist natürlich damit zu erklären, dass sie Arbeitslosigkeit generell gestiegen ist und daher auch die Gruppe der langzeitbeschäftigungslosen Personen gewachsen ist. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass es in den letzten Jahren tatsächlich zu einer deutlichen Verfestigung von Arbeitslosigkeit gekommen ist: war im Jahr 2009 nur jede / jeder siebente beim AMS vorgemerk-

Anteil der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt (2007 - 2016)

Quelle: AMS Österreich, eigene Berechnungen



te Arbeitslose langzeitbeschäftigungslos, so trifft dies 2016 bereits auf mehr als jede dritte arbeitslose Person zu. Damit ist ein immer größerer Teil der österreichischen Bevölkerung dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen. Für sie wird es mit der zunehmenden Dauer der Arbeitslosigkeit auch immer schwieriger eine neue Erwerbstätigkeit zu finden.

Offenbar ist es der österreichischen Arbeitsmarktpolitik angesichts der seit mehreren Jahren steigender Arbeitslosigkeit und nicht analog gewachsener Budgets immer weniger gelungen, der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Das über lange Zeit vom Arbeitsmarktservice formulierte Ziel „die Arbeitslosigkeit möglichst gleich zu verteilen“ rückt damit in weite Ferne.

Langzeitarbeitslosigkeit in Europa

Mit Daten von Eurostat ist Vergleich von Langzeitarbeitslosigkeit möglich

Bisher hat dieses Themenpapier Daten & Fakten zur Langzeitbeschäftigungslosigkeit dargestellt. Für den Vergleich von Daten innerhalb der Europäischen Union ist die Langzeitbeschäftigungslosigkeit jedoch nicht geeignet, da sie ein vom AMS Österreich entwickelter Indikator ist und für die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union keine vergleichbaren Daten vorliegen.

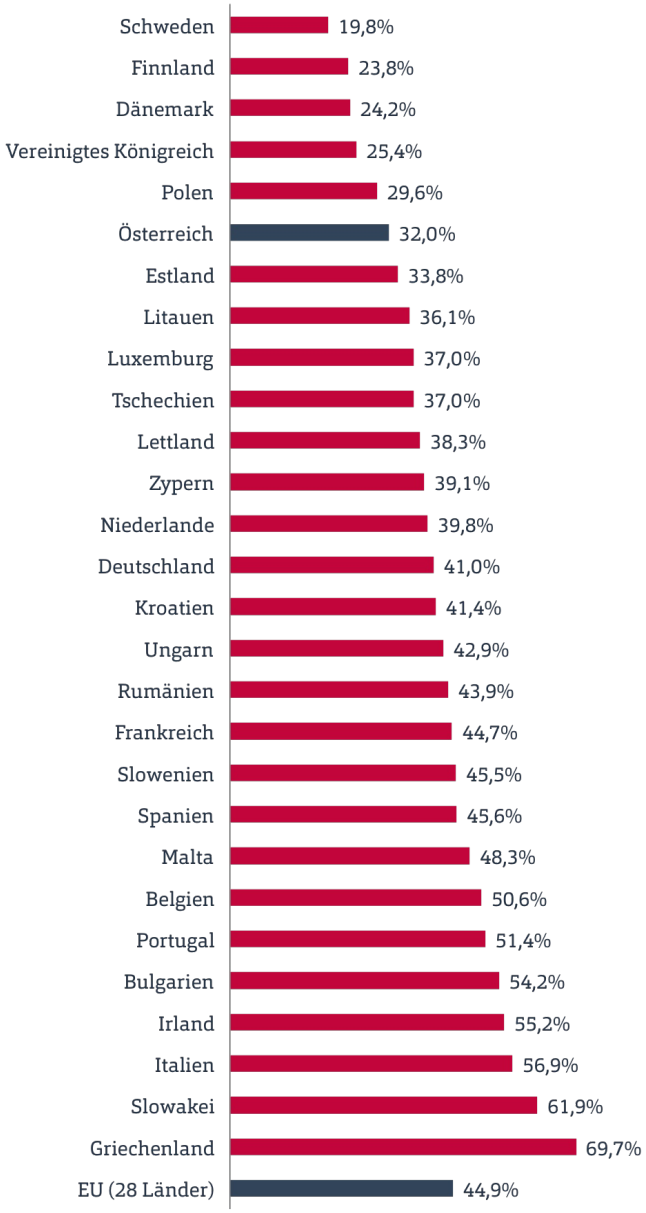
Mithilfe von Daten des Statistischen Amts der Europäischen Union (Eurostat) ist ein Vergleich dennoch möglich. Denn die Arbeitskräfteerhebung (AKE) – eine in ganz Europa vierteljährlich durchgeführte Umfrage – erfasst neben der Arbeitslosigkeit auch die Langzeitarbeitslosigkeit. Hier gelten jene Menschen als langzeitarbeitslos, die in der Umfrage angeben im Moment arbeitslos zu sein und bereits mehr als ein Jahr nach einer neuen Erwerbstätigkeit zu suchen.

Trotz Anstieg in den letzten Jahren: Langzeitarbeitslosigkeit ist in Österreich vergleichsweise niedrig

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass die Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich – trotz der Anstiegs in den letzten Jahren – immer noch vergleichsweise niedrig ist. Im ersten Quartal 2017 galten nach der Eurostat-Definition im Österreich 32,0 Prozent der Arbeitslosen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren als langzeitarbeitslos. Nur fünf Mitgliedstaaten der Europäischen Union konnten niedrigere Werte erreichen.

Anteil der Langzeitarbeitslosen (Eurostat) an allen Arbeitslosen im Alter von 15-64 Jahren

1. Quartal 2017
Quelle: Eurostat



In Schweden ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen in der Europäischen Union am niedrigsten. Seit 2010 liegt dieser nur bei rund 20 Prozent. Am anderen Ende der Liste befindet sich Griechenland, wo es in Folge der Staatsschuldenkrise zu einem enormen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit gekommen ist. Im ersten Quartal 2017 waren 69,7 Prozent der arbeitslosen Menschen zwischen 15 und 64 Jahren langzeitarbeitslos.

Kurz erklärt

Definitionen

Arbeitslosigkeit wird vom AMS Österreich mit Registerdaten erhoben

Für die österreichische Arbeitslosen-Statistik gelten jene Personen als arbeitslos, die zum jeweiligen Stichtag am letzten Werktag im Monat bei den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice als arbeitslos vorgemerkt waren (Registerarbeitslosigkeit).

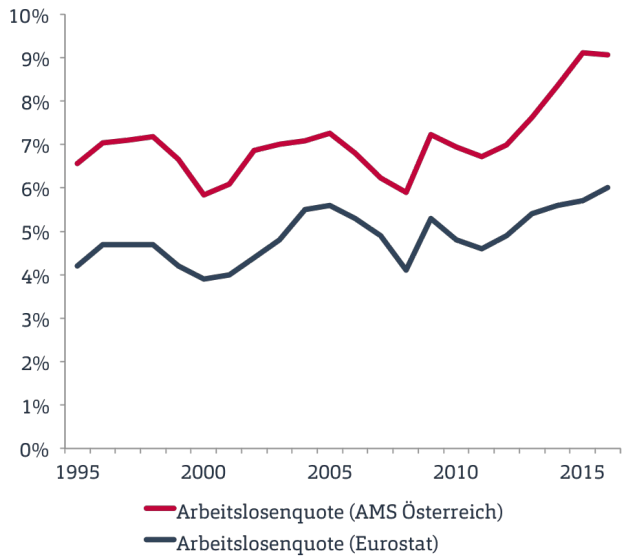
Um die Arbeitslosenquote zu berechnen, wird der Zahl der auf diese Weise vorgemerkten Arbeitslosen zum sogenannten Arbeitskräftepotenzial ins Verhältnis gesetzt. Darunter wird die Summe der arbeitslosen Personen sowie der unselbständig Beschäftigten verstanden.

Eurostat nutzt europaweite Umfrage zur Berechnung von Arbeitslosigkeit

Im Gegensatz zu den Daten des AMS Österreich beruht die vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) erhobene Arbeitslosenquote auf quartalsmäßig in allen Mitgliedstaaten der EU erhobenen Umfragedaten der Arbeitskräfteerhebung (AKE). Hier gelten jene Personen als arbeitslos, die während einer bestimmten, abgefragten Woche nicht erwerbstätig waren, aktiv einen Arbeitsplatz suchen und innerhalb von zwei Wochen für eine neue Erwerbstätigkeit verfügbar wären. Mit dieser Definition gelten selbst jene Personen als erwerbstätig, die nur eine einzige Stunde in der Woche gearbeitet haben.

Die durch Eurostat veröffentlichte Arbeitslosenquote ist als Anteil der arbeitslosen Personen an allen Erwerbspersonen definiert. Damit werden – anders als in den österreichischen Daten – auch Selbständige oder geringfügig Beschäftigte miteinbezogen. Aus diesen Gründen ist die von Eurostat berechnete Arbeitslosenquote niedriger als die Registerarbeitslosenquote des AMS Österreich.

Arbeitslosenquoten im Vergleich
Quelle: AMS Österreich bzw. Eurostat



Langzeitarbeitslosigkeit des AMS Österreich erfasst Menschen, die ein Jahr arbeitslos sind & keine längere Förderung erhalten haben

Die durch das AMS veröffentlichten Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit beruhen – ebenso wie die zur Arbeitslosigkeit – auf Registerdaten. Als langzeitarbeitslos werden jene Menschen bezeichnet, die bei den Regionalgeschäftsstellen des AMS schon länger als zwölf Monate arbeitslos vorgemerkt sind. Kurze Unterbrechungen bis zu 28 Tagen – zum Bei-

spiel durch eine kurze Schulung, Krankenstand oder eine kurze Erwerbstätigkeit – werden dabei nicht berücksichtigt. Durch eine längere Schulung oder eine Beschäftigungsförderung des AMS wird die Langzeitarbeitslosigkeit beendet beziehungsweise mit der Berechnung der Dauer neu begonnen.

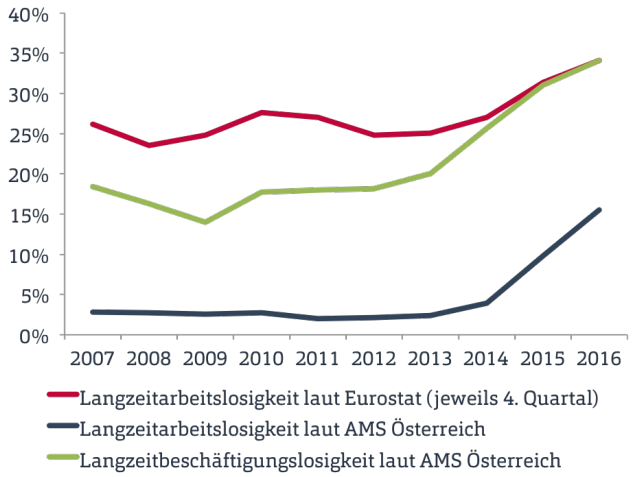
In Österreich war die vom AMS erhobene Langzeitarbeitslosigkeit bis vor wenigen Jahren eine zu vernachlässigende Größe. Da sie nur jene Personen erfasst, die bereits zwölf Monate arbeitslos sind und auch keine umfangreichere Förderung des AMS erhalten haben ist sie „eine administrativ beeinflussbare Größe", die „im Idealfall und bei deutlich höherem Förderbudget sehr klein" ist (Johannes Kopf in Grieger 2015, 2)

Langzeitarbeitslosigkeit von Eurostat mit Konzept des AMS Österreich nicht vergleichbar

Auf der europäischen Ebene verwendet Eurostat – analog wie bei der Erfassung von Arbeitslosigkeit – auch für die Berechnung der Langzeitarbeitslosigkeit Umfragedaten der europäischen Arbeitskräfteerhebung. Als langzeitarbeitslos gelten Menschen, die im Rahmen der Befragung angeben arbeitslos zu sein und schon länger als ein Jahr nach einer Beschäftigung suchen.

Doch auch wenn die gleiche Bezeichnung verwendet wird: Die von Eurostat erhobene Langzeitarbeitslosigkeit hat nichts mit der Langzeitarbeitslosigkeit des AMS Österreich zu tun. Im Moment deckt sich die durch Eurostat erhobene Langzeitarbeitslosigkeit jedoch recht gut mit dem auf Registerdaten des AMS beruhenden Indikator der Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Dies war in der Vergangenheit jedoch nicht immer der Fall.

Anteil der Langzeitarbeitslosen bzw. langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen im Vergleich
Quelle: AMS Österreich bzw. Eurostat



Langzeitbeschäftigungslosigkeit laut AMS Österreich ist am besten geeignet, um lange dauernde Arbeitslosigkeit zu messen

Die vom AMS Österreich veröffentlichte Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht geeignet, um lange dauernde, verfestigte Arbeitslosigkeit zu messen. Um diese Lücke zu füllen hat das AMS im Jahr 2002 einen alternativen Indikator eingeführt: Für die Langzeitbeschäftigungslosigkeit werden verschiedene AMS-Vormerkepisoden – unter anderem Arbeitslosigkeit, Schulung oder Lehrstellensuche – zu einem „Geschäftsfall" zusammengefasst, und dieser erst bei

einer Unterbrechung von mehr als 62 Tagen beendet (z.B. bei einer Arbeitsaufnahme oder einem Auslandsaufenthalt). Als langzeitbeschäftigungslos gelten Menschen mit einer Geschäftsfalldauer von mehr als einem Jahr, wobei Unterbrechungen nicht mitgerechnet werden.

Durch diesen Indikator werden also nicht nur Schulungszeiten gleich wie Arbeitslosigkeit behandelt, sondern auch längere Unterbrechungen als bei der Langzeitarbeitslosigkeit erlaubt. Wenn langzeitbeschäftigungslose Personen eine Erwerbstätigkeit finden, diese jedoch nach wenigen Wochen wieder verlieren, gelten sie weiterhin langzeitbeschäftigungslos. Dies ist wichtig, da sich durch die kurze Phase der Erwerbstätigkeit nichts an der Arbeitsmarktsituation der Betroffenen geändert hat.

Aus der Perspektive von arbeit plus ist die Langzeitbeschäftigungslosigkeit am besten geeignet, um verfestigte Arbeitslosigkeit zu messen. Gleichzeitig muss jedoch bedacht werden, dass das AMS durch längere Schulungen auch selbst Langzeitbeschäftigungslosigkeit erzeugt. (ebd.)

Folgen lange dauernder Arbeitslosigkeit

Der österreichische Arbeitsmarkt ist zwar sehr dynamisch ...

Grundsätzlich ist der österreichische Arbeitsmarkt sehr dynamisch, das bedeutet es werden viele neue Beschäftigungsverhältnisse begonnen und beendet. Im Jahr 2016 wurden insgesamt zwar rund 1,77 Millionen unselbständige Beschäftigungsverhältnisse beendet und rund 1,83 Millionen Beschäftigungsverhältnisse neu begonnen. Grob gesprochen kann gesagt werden, dass in Österreich rund die Hälfte aller Arbeitsplätze innerhalb eines Jahres neu besetzt werden. Dies beinhaltet jedoch auch Branchen wie die Saisonarbeit oder die Zeitarbeit, in denen Arbeitsplätze mehrmals im Jahr neu besetzt werden. (AMS Österreich 2017, 32)

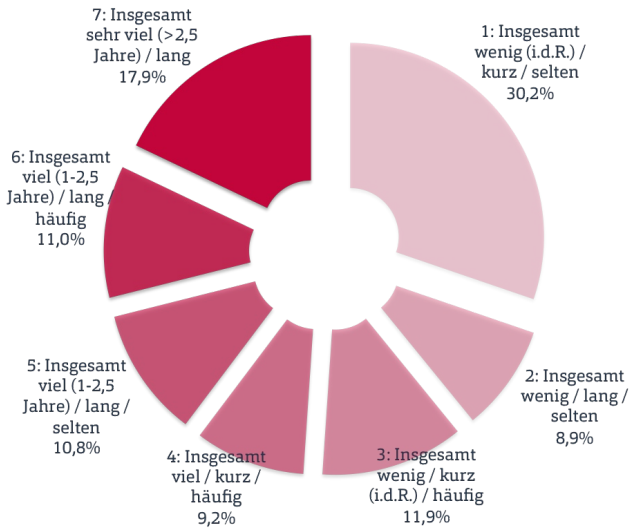
Ähnlich verhält es sich mit dem Risiko arbeitslos zu werden: Mit rund 961.000 Personen ist im Jahr 2016 etwa jede vierte am österreichischen Arbeitsmarkt aktive Person zumindest einen Tag lang von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen. Die meisten davon konnten nach kurzer Zeit wieder einen neuen Arbeitsplatz finden. Allerdings zeigt die steigende Langzeitbeschäftigungslosigkeit, dass einer größer werdenden Gruppe an arbeitslosen Menschen ein nachhaltiger Wiedereinstieg kaum gelingt.

... Risiko & Dauer von Arbeitslosigkeit sind jedoch sehr ungleich verteilt

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat in einer vom AMS Österreich beauftragten Studie über mehrere Jahre die Dauer und Häufigkeit von Arbeitslosigkeit genauer untersucht. Dieser Beobachtungszeitraum ermöglicht einen genaueren Blick auf Personen, die längerfristige Probleme beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleben.

Typologie der im Jahr 2013 von Arbeitslosigkeit Betroffenen

Quelle: Eppel et. al (2014). Eine Typologie Arbeitsloser nach Dauer und Häufigkeit ihrer Arbeitslosigkeit 2010-2013, 42



Im Rahmen der Studie hat das WIFO eine Typologie der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen erstellt (Eppel et al. 2014). Demnach waren 39,2 Prozent der im Jahr 2013 von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen in den letzten fünf Jahren nur selten und insgesamt wenig arbeitslos (Typ 1 & 2: in den letzten fünf Jahren höchstens drei Mal und insgesamt weniger als ein Jahr arbeitslos). Sie fanden in der Regel sehr schnell wieder eine neue Beschäftigung.

21,1 Prozent der 2013 von Arbeitslosigkeit Betroffenen können als Drehtürarbeitslose eingestuft werden (Typ 3 & 4: in den letzten fünf Jahren öfter als drei Mal und insgesamt länger als ein Jahr arbeitslos). Sie wa-

ren zwar nur kurz, dafür aber von häufig wiederkehrender Arbeitslosigkeit betroffen.

40 Prozent der von Arbeitslosigkeit Betroffenen haben Probleme wieder neue Beschäftigung zu finden

21,8 Prozent der 2013 von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen waren insgesamt viel und lange Zeit arbeitslos (Typ 5 & 6: in den letzten fünf Jahren insgesamt zwischen einem und zweieinhalb Jahre arbeitslos, davon einmal länger als ein halbes Jahr). Weitere 17,9 Prozent insgesamt sogar länger als zweieinhalb Jahre (Typ 7). (ebd., 3–4)

Die Verteilung zwischen den Typen blieb innerhalb des Untersuchungszeitraums der Studie (2010 bis 2013) relativ stabil. Auffallend war jedoch ein „stetiger Anstieg des Anteils der Arbeitslosen mit sehr viel und langer Arbeitslosigkeit im betrachteten Fünfjahreszeitraum (...), der zunehmende Ausgrenzungsprobleme im Gefolge der Finanzkrise 2009 und der seit 2011 zunehmenden Arbeitslosigkeit bestätigt" (ebd., 4).

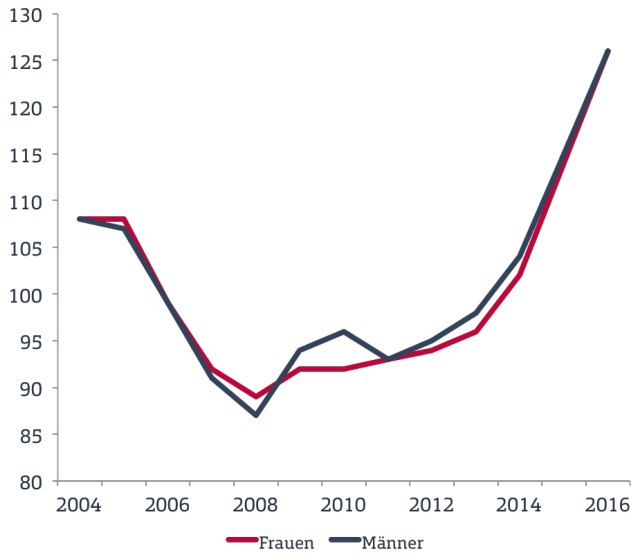
Entwertung der Qualifikationen erschwert Wiedereinstieg von langzeitarbeitslosen Menschen

Selbst bei einer besseren Konjunktur und einem generellen Sinken der Arbeitslosigkeit fällt es vielen langzeitarbeitslosen Menschen schwer wieder eine neue Erwerbstätigkeit zu finden. Das liegt daran, dass lange anhaltende Arbeitslosigkeit auch zu einer Entwertung der bestehenden Qualifikationen und Berufserfahrungen der betroffenen Menschen führt.

Längere Verweildauer in Arbeitslosigkeit führt zu steigender Abhängigkeit von Notstandshilfe

Die zunehmende Segmentierung des Arbeitsmarktes zeigt sich auch im Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer in Arbeitslosigkeit. Diese lag mehrere Jahre lang konstant zwischen 90 und 95 Tagen. Seit 2013 kam es jedoch zu einem deutlichen Anstieg auf aktuell 126 Tage (2016) sowohl für Frauen als auch für Männer. Auch für ältere Menschen ist die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen.

Durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit (in Tagen)
Quelle: AMS Österreich



Die steigende Dauer der Arbeitslosigkeit wirkt sich auch auf die soziale Absicherung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen aus. Denn Arbeitslosen-

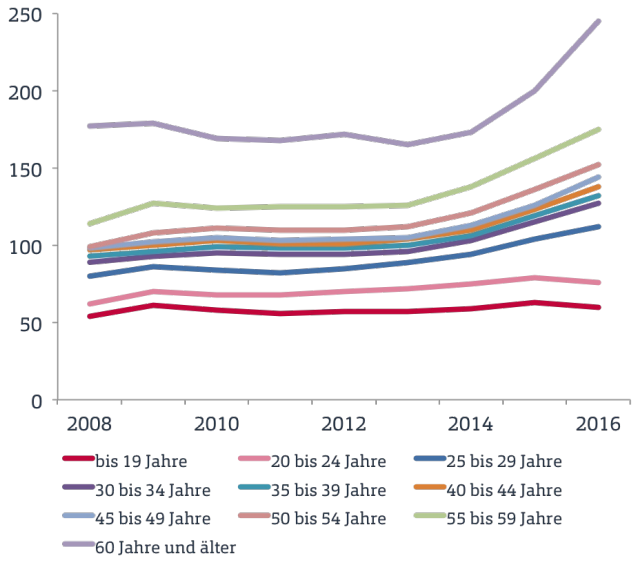
geld wird nur für eine befristete Zeitspanne von 20 bis 52 Wochen – je nach Alter und Dauer der arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigung – ausbezahlt. Nach dem Auslaufen dieses Anspruchs auf Arbeitslosengeld können betroffene Personen Notstandshilfe beantragen. Diese kann zwar unbefristet bezogen werden, allerdings muss neben Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit auch eine wirtschaftliche und familiäre Notlage vorliegen. Dabei wird – anders als beim Arbeitslosengeld – das Einkommen der PartnerInnen angerechnet.

Zahl der BezieherInnen von Notstandhilfe seit 2008 verdoppelt

Daten des AMS Österreich zeigen, dass in den letzten Jahren mit der Verweildauer in Arbeitslosigkeit auch die Zahl der BezieherInnen von Notstandshilfe angestiegen ist. Im Jahr 2016 haben im Jahresdurchschnitt bereits 167.000 Personen Notstandshilfe bezogen – das ist mehr als doppelt so viel wie noch acht Jahre zuvor. Und seit 2015 beziehen sogar mehr Personen Notstandshilfe als Arbeitslosengeld. Im Jahr 2016 erhielten 53,4 Prozent der BezieherInnen von Leistungen der Arbeitslosenversicherung die Notstandshilfe.

In diesen Daten nicht berücksichtigt sind übrigens Personen, die mangels Notlage – das bedeutet in der Regel aufgrund eines zu hohen Einkommens des Partners bzw. der Partnerin – ihren Anspruch auf Notstandshilfe verlieren. Dies kann bereits bei einem PartnerInneneinkommen von etwa 1.200 Euro der Fall sein. (AK Wien 2016, 13) Von dieser Regel waren im Jahr 2016 insgesamt 18.572 Personen betroffen. Rund 80 Prozent davon waren Frauen.

Durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit (in Tagen)
Quelle: AMS Österreich



BezieherInnen von Arbeitslosengeld & Notstandshilfe
Quelle: AMS Österreich

Arbeitslosigkeit ist ein Leben am Minimum

Arbeitslosigkeit ist ein Leben am Minimum. Das zeigt sich allein schon an den durchschnittlich aus der Arbeitslosenversicherung ausbezahlten Leistungen. Im Jahr 2016 lag das durchschnittlich ausbezahlte Arbeitslosengeld bei 941,3 Euro pro Monat und die durchschnittlich ausbezahlte Notstandshilfe bei 747,1 Euro pro Monat. (Sozialministerium 2017)

Beide Werte liegen damit weit unter der Armutsgefährdungsschwelle von 1.185 Euro im Monat für einen Einpersonenhaushalt in Österreich (Statistik Austria 2017, 11).

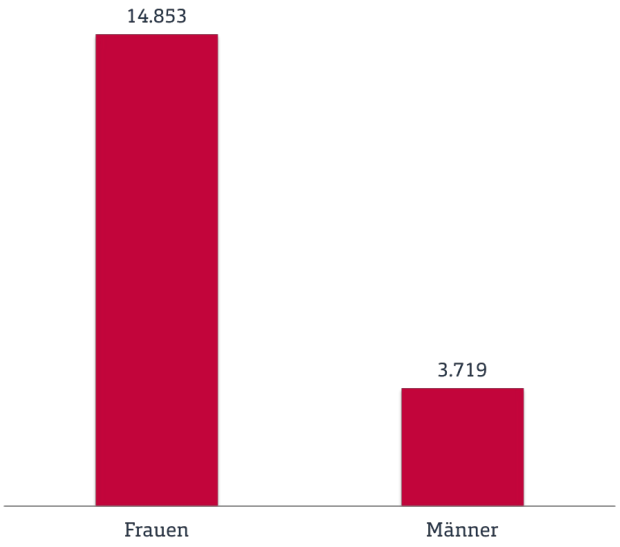
Je länger Arbeitslosigkeit dauert, desto größer ist die Gefahr in Armut abzurutschen

Lange andauernde Arbeitslosigkeit führt also zu großen finanziellen Einschränkungen. Daten der EU-SILC Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen zeigen außerdem, dass die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich zunimmt. Das bedeutet, dass diese Menschen nur über ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle verfügen, sich grundlegende Ausgaben – beispielsweise das angemessene Heizen der eigenen Wohnung, eine Waschmaschine oder ihre Wohnkosten – nicht mehr leisten können, oder in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsintensität leben.

27 Prozent der Personen, die innerhalb des letzten verfügbaren Referenzjahres (2015) bis zu fünf Monate

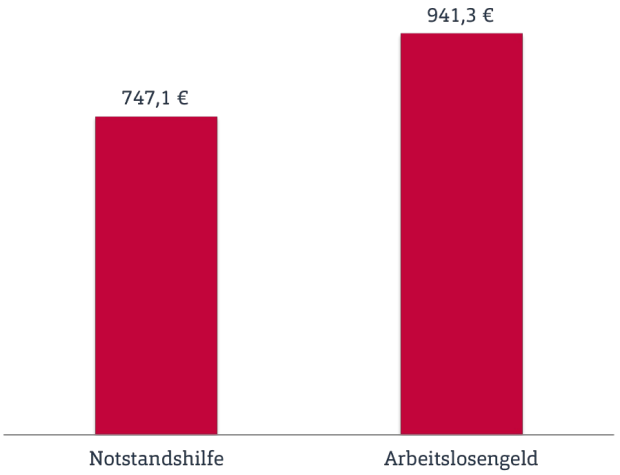
Ablehnung der Notstandshilfe mangels Notlage im Jahr 2016

Quelle: AMS Österreich



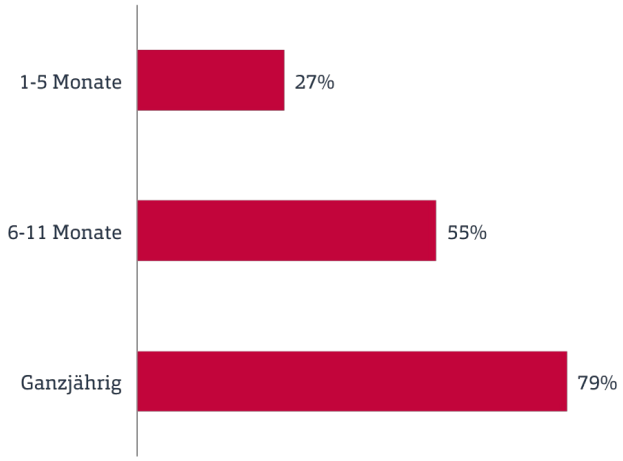
Durchschnittlich pro Monat ausbezahlte Leistungen der Arbeitslosenversicherung (2016)

Quelle: Sozialministerium



arbeitslos waren, gelten als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Bei einer Arbeitslosigkeitsdauer von sechs bis zu elf Monaten innerhalb des Referenzjahres steigt der Wert auf 55 Prozent und bei Menschen, die das ganze Jahr durchgehend arbeitslos waren sind bereits 79 Prozent von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen. (ebd., 86)

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung von arbeitslosen Menschen nach der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit
Quelle: EU-SILC 2016



Lange dauernde Arbeitslosigkeit macht die betroffenen Menschen arm, krank & verzweifelt

Doch Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur ein Mittel um die eigene Existenz zu sichern, sondern immer noch ein ganz zentrales Element für die Teilhabe an der Gesellschaft. Die Folgen von lange andauernder Arbeitslosigkeit beschränken sich daher nicht nur auf materielle Probleme, sondern betreffen auch den sozialen und psychischen Bereich. Langzeitarbeitslosigkeit führt also nicht nur zu einem hohen Armutsrisiko, sondern ist oft auch der Grund für psychische, gesundheitliche und/oder familiäre Probleme. Zudem führt sie in vielen Fällen zu gesellschaftlicher und sozialer Ausgrenzung. Diese Folgen betreffen nicht nur die arbeitslose Person selbst, sondern auch nahestehende Familienmitglieder.

Die aus dem Jahr 1933 stammende Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal" ist auch heute noch eine der wichtigsten Studien zu den Folgen von Arbeitslosigkeit. Sie zeigt, wie lange andauernde Arbeitslosigkeit mit dem Verlust der Tagesstruktur zunehmend zu Apathie und Hoffnungslosigkeit führt. Selbst die nahezu unbegrenzte freie Zeit erweist sich „als tragisches Geschenk. Losgelöst von ihrer Arbeit und ohne Kontakt mit der Außenwelt, haben die Arbeiter die materiellen und moralischen Möglichkeiten eingebüßt, die Zeit zu verwenden. Sie, die sich nicht mehr beeilen müssen, beginnen auch nichts mehr und gleiten allmählich ab aus einer geregelten Existenz ins Ungebundene und Leere." (Jahoda et al. 1975, 83)

Langzeitarbeitslose Menschen gehen deutlich seltener wählen

Zahlreiche internationale Studien zeigen, dass die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren besonders bei jenen Gruppen zurückgegangen ist, die durch die Gesellschaft benachteiligt werden: also bei Menschen, die in prekären Verhältnissen leben und von Armut oder lange dauernder Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Eine im August 2017 veröffentliche Studie aus

Deutschland hat nun die Motive von langzeitarbeitslosen NichtwählerInnen erforscht. Sie zeigt, dass ihre Entscheidung nicht mehr an Wahlen teilzunehmen nicht auf mangelndem Interesse beruht, sondern ein bewusstes, politisches Statement ist. Es ist die letzte Konsequenz, des von Ihnen permanent gespürten Gefühls nicht mehr zur Gesellschaft dazu zu gehören. (Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen Neue Arbeit gGmbH Stuttgart 2017, 10)

Wenn benachteiligte Gruppen der Gesellschaft von ihrem Wahlrecht nicht mehr Gebrauch machen, so führt dies dazu, dass auch ihre Interessen nicht mehr ausreichend dargestellt werden und sich die Politik mehr nach den Anliegen der besser verdienenden Gruppen richtet.

Dauerhaft geförderte Arbeitsplätze als Chance für existenzsichernde Beschäftigung & Teilhabe

Soziale Unternehmen können einen wesentlichen Beitrag leisten, um gerade für langzeitarbeitslose Menschen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Denn mit einem längerfristigen, über mehrere Jahre degressiv gestalteten Fördermodell für Soziale Unternehmen kann auch jenen Menschen Teilhabe am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft ermöglicht werden, für die zumindest mittelfristig ein nachhaltiger Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt unrealistisch erscheint. In Belgien hat sich ein solches Modell über viele Jahre bewährt. In Österreich ist die – momentan bis Mitte 2019 befristete – Aktion 20.000 ein erster Versuchsballon in diese Richtung.

Hartz IV ist keine Alternative für die österreichische Arbeitsmarktpolitik

Existenzsicherung während der Arbeitslosigkeit sichert angemessene Arbeitsbedingungen & Löhne

Moderne Wohlfahrtsstaaten haben die Aufgabe, Menschen vor Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität oder Alter zu schützen. Zum Beispiel schützen Errungenschaften wie die Arbeitslosen- oder Pensionsversicherung Menschen vor dem vollständigen Verlust ihres Einkommens. Gleichzeitig entziehen sie die betroffenen Menschen den Kräften des Arbeitsmarktes zumindest zu einem Teil, indem sie ihnen auch ohne Erwerbstätigkeit einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen (Dekommodifizierung).

Auf diese Weise kann eine existenzsichernde Arbeitslosenversicherung auch zu angemessenen Arbeitsbedingungen und Löhnen beitragen, denn sie verhindert, dass arbeitslose Menschen in prekäre und nicht existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden.

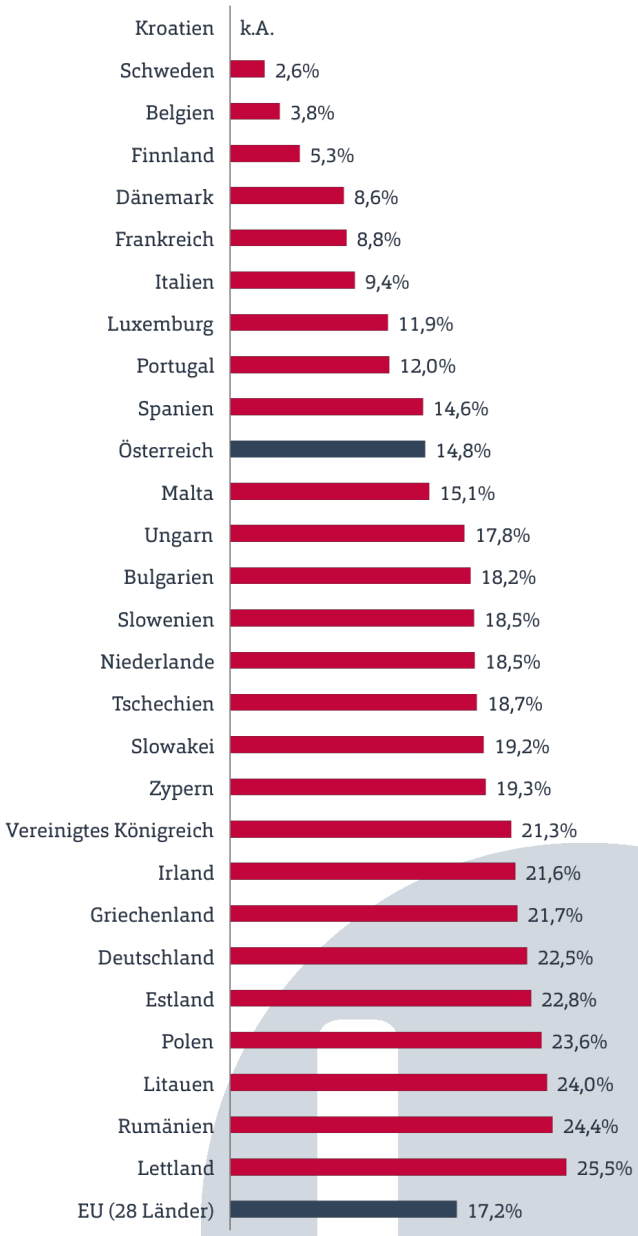
Hartz IV hat Niedriglohnsektor in Deutschland ausgebaut ...

Die Hartz-Reformen in Deutschland haben den gegenteiligen Effekt gehabt: Es wurde der Arbeitsmarkt dereguliert, Sanktionen für arbeitslose Menschen weiter verschärft und gesetzliche Regelungen für Ein-Euro-Jobs, befristete Jobs und andere atypische Beschäftigungsverhältnisse geschaffen.

Heute sind in Deutschland so viele Menschen wie noch nie zuvor beschäftigt und auch die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen konnte verringert werden. Doch an deren Abhängigkeit von Transfer-

NiedriglohnempfängerInnen als Prozentsatz der gesamten Angestellten (2014)

Quelle: Eurostat



leistungen hat sich nichts verändert, da mit Hartz IV der Niedriglohnsektor ausgebaut und eine neue Gruppe von „arbeitenden Armen“ geschaffen worden ist.

22,5 Prozent der Beschäftigten erhalten in Deutschland nur mehr einen Niedriglohn – ihr Bruttostundenlohn liegt damit niedriger als zwei Drittel des Medianeinkommens. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der NiedriglohnbezieherInnen in Österreich bei 14,8 Prozent, wobei Frauen mit 21,1 Prozent weitaus stärker betroffen sind als Männer mit nur 8,7 Prozent. Ganz anders ist das Beispiel Schweden, wo es mit 2,6 Prozent den geringsten Anteil von NiedriglohnempfängerInnen innerhalb der EU gibt, was zeigt, dass es kein Naturgesetz, sondern eine Frage des politischen Willens und sozialen Gewissens ist, ob es einen Niedriglohnsektor gibt oder nicht.

… und arme Arbeitslose zu armen Erwerbstätigen gemacht

Hartz IV hat in Deutschland insgesamt zu mehr Armut, sozialer Ausgrenzung und zu einem Endlos-Hamsterrad ohne Perspektiven geführt und aus armen Arbeitslosen arme Erwerbstätige gemacht: Zwischen 2005 und 2015 hat sich der Anteil der Working Poor in Deutschland von 4,8 Prozent auf 9,6 Prozent verdoppelt. Der Preis für das deutsche Jobwunder und die nach Außen hin glänzende Arbeitsmarktstatistik ist „eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft, die Erwerbslosigkeit (…) mittels Expansion unsicherer, gering entlohnter, wenig anerkannter Erwerbsarbeit zum Verschwinden bringt.“ Die betroffenen Menschen „springen von der Erwerbslosigkeit in den Ein-Euro-Job, von dort in die Aushilfstätigkeit, dann in eine Qualifizierungsmaßnahme und so fort,

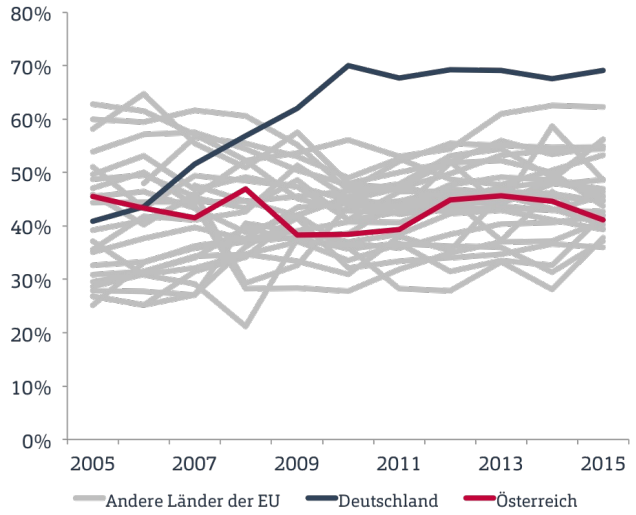
Veränderung des Anteils der Working Poor an den Erwerbstätigen insgesamt von 2005 bis 2015 (2005=100)

Quelle: Eurostat

um am Ende doch wieder im Leistungsbezug zu enden." (Dörre 2016)

Nur sehr wenigen Menschen gelingt trotz aller Anstrengungen ein dauerhafter Aufstieg in bessere Beschäftigungsverhältnisse. Für alle anderen ist Hartz IV eine Armutsfalle: 69,1 Prozent der Arbeitslosen sind in Deutschland armutsgefährdet. Das sind um dreißig Prozentpunkte mehr als rund um die Einführung von Hartz IV im Jahr 2005. Nach diesem im europäischen Vergleich beispiellosen Anstieg weist Deutschland damit den mit Abstand schlechtesten Wert innerhalb der Europäischen Union auf. In Österreich sind „nur" 41,1 Prozent der arbeitslosen Menschen armutsgefährdet.

Anteil der armutsgefährdeten Arbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt
Quelle: EU-SILC



Studie des Finanzministeriums zeigt dramatische Folgen von Hartz IV in Österreich

Eine Studie im Auftrag des Finanzministeriums hat vor wenigen Monaten untersucht, wie sich eine Umlegung von Hartz IV in Österreich auswirken würde. Bei einem Wegfall der Notstandshilfe wären arbeitslose Menschen somit direkt nach Auslaufen ihres Anspruchs auf Arbeitslosengeld auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung angewiesen. Sie würden nicht mehr eine bedarfsorientierte Leistung aus der Arbeitslosenversicherung (Notstandshilfe) erhalten, sondern eine Fürsorgeleistung, die sich nicht mehr am früheren Einkommen orientiert und bei der eventuell vorhandenes Vermögen (bis zu einem Schonvermögen von 4.188 Euro) sowie andere Einkommen im Haushalt berücksichtigt werden.

Je nach Rechenvariante würde die Zahl der armutsgefährdeten Personen durch Hartz IV in Österreich zwischen 90.000 und 160.000 Personen steigen, da die bisherigen NotstandshilfebezieherInnen mit einem deutlich niedrigeren Haushaltseinkommen zurechtkommen müssten. Insgesamt kommen die AutorInnen der Studie zum Schluss, „dass ein Ersatz der Notstandshilfe durch die BMS auf der einen Seite zwar zu Minderausgaben, auf der anderen Seite aber auch zu einem beträchtlichen Anstieg der Armutsgefährdung und zu deutlichen Änderungen in der Einkommensverteilung führen würde. Ebenso lassen sich durch diese rein monetäre Analyse die gesellschaftlichen Folgekosten, die aufgrund eines Anstiegs der Armut entstehen, nicht abschätzen." (Fuchs et al. 2017, 45)

Arbeitsmarktpolitik muss qualitätsvolle & existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen

Wir sind überzeugt, dass es in der Arbeitsmarktpolitik um qualitätsvolle Jobs, von denen Menschen auch leben können, gehen muss. Österreich hat über dreißig Jahre professionelle und erfolgreiche Erfahrung bei der Integration von arbeitsmarktfernen Menschen durch echte Beschäftigung in Sozialen Unternehmen. Auf diese Erfahrung sollten wir weiter aufbauen.

Deutschland blickt inzwischen nach Österreich

Während in manchen Parteien immer wieder Hartz IV als Modell für Österreich genannt wird, scheinen sich unsere deutschen Nachbarn inzwischen eher ein Beispiel an Österreich zu nehmen: Frank-Jürgen Weise, der ehemalige Leiter der deutschen Bundesagentur für Arbeit forderte in seinem Abschiedsinterview in der Süddeutschen Zeitung eine Abkehr von Hartz IV: „Wir sollten Langzeitarbeitslose ohne Qualifikation, die auf dem normalen Jobmarkt keine Chance haben, nicht weiter in akademische Schulungsprogramme schicken, sondern einen staatlich subventionierten Arbeitsmarkt für sie schaffen. Wir bezahlen ihnen Arbeit, statt ihnen Hartz IV und die Wohnkosten zu zahlen. Das wird nicht viel teurer“ so Frank-Jürgen Weise. Weise spricht von „einem großen Wurf“, der es wert wäre, ausprobiert zu werden. (Weise 2017)

Mit der Aktion 20.000 wird dieser große Wurf inzwischen ausprobiert. Ab Juli 2017 sollen 20.000 langzeitarbeitslose Menschen über 50 Jahren zumindest für zwei Jahre in Gemeinden, bei gemeinnützigen Organisationen und Sozialen Unternehmen arbeiten. Der größte Teil der Kosten wird durch eingesparte Arbeitslosengelder finanziert. Und auch von den restlichen Kosten wird ein beträchtlicher Teil – zum Beispiel durch Sozialversicherungsabgaben – wieder an den Staat zurückfließen. Langzeitarbeitslose Menschen erhalten so nicht nur eine menschenwürdige und existenzsichernde Beschäftigung, sondern es wird ihnen wieder eine Perspektive ermöglicht.

Erfahrungen aus den Sozialen Unternehmen

Romana Kölbler, Halleiner Arbeitsinitiative (HAI): „Jetzt seh ich wieder Licht am Ende des Tunnels“

Als Romana Kölbler (Name geändert) von einem Journalisten gefragt wurde, wie sich drei Jahre Arbeitslosigkeit anfühlen, schnitt ihre Antwort ins Herz: „Man fühlt sich wie ein Wurm“, so die Salzburgerin. Nach einer Kochlehre und gesundheitsbedingter Umschulung zur Bürokauffrau fand sie mangels Praxis keinen Arbeitsplatz mehr. Dutzende Bewerbungen pro Monat und praktisch keine Antworten ließen die Zeit ergebnislos vergehen. Die Arbeitsmarktchancen verschlechterten sich zusehends. Nach drei Jahren ohne Arbeit, war ein Anschluss an die erfolgreich absolvierte Lehre als Bürokauffrau nicht mehr möglich.

Für die Betriebe ist Frau Kölbler unattraktiv geworden. Ihre persönliche Situation war trist. Ohne Selbstbestätigung, vom Arbeitsmarkt, scheinbar nicht benötigt, zweifeln viele an den eigenen Fähigkeiten, verlieren letztlich den Lebensmut. Auch Frau Kölbler erging es so. An sehr dunklen Tagen fiel ihr sogar das Aufstehen schwer.

In der Halleiner Arbeitsinitiative ist Romana Kölbler sichtlich aufgeblüht und hat neuen Mut gefasst: Als nunmehrige Transitmitarbeiterin erwirbt sie im Halleiner Sozialen Unternehmen die fehlende Berufspraxis, außerdem macht sie eine Zusatzausbildung, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. „Jetzt sehe ich wieder Licht am Ende des Tunnels“, sagt die Salzburgerin dankbar. Und: „Ich bin so froh, dass mir nun endlich jemand die Chance gibt zu zeigen, was ich kann.“

Im Secondhand-Laden der Halleiner Arbeitsinitiative HAI wandern Gebrauchtwaren aller Art über den Ladentisch. Auch Entrümpelungen und Übersiedelungen gehören zur Angebotspalette des Sozialen Unternehmens. 2016 hat die HAI 57 Frauen und Männern mit befristeten Dienstverhältnissen den Weg zurück ins Erwerbsleben geebnet. Die Chancen, mithilfe der HAI in ein selbstbestimmtes Leben zurückzufinden, stehen gut: Mehr als die Hälfte der MitarbeiterInnen (59%) konnten 2016 wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Good-Practice: BauKarussell schafft mit Re-Use neue Arbeitsplätze für benachteiligte Menschen am Bau

Anlässlich der Recycling-Baustoffverordnung des Umweltministeriums schlossen sich im Jahr 2016 Vertreter*innen aus Architektur und Forschung, mit drei Sozialökonomischen Betrieben aus dem Netzwerk von arbeit plus (Caritas SÖB, WUK, Demontage- & Recycling-Zentrum Wien) zum Projektkonsortium BauKarussell zusammen. Dieses ist das erste österreichische Pilotprojekt zur Förderung von ReUse im großvolumigen Baubereich.

Gemeinsam mit großen Bauträgern werden Gebäude noch vor dem Abbruch zurückgebaut und wiederverwendbare Bauteile sowie Komponenten ausgebaut. Diese sollen anschließend – durch die Bereitstellung von geeigneten Vertriebs- und Lagerungsnetzwerken – entweder im nachfolgenden Bauprojekt an Ort und Stelle, oder in anderen Bauprojekten wiederverwendet werden. Der Rückbau wird in erster Linie von Menschen ausgeführt, die am Arbeitsmarkt benachteiligt werden.

Das Projekt wird von der Stadt Wien mitfinanziert und durch die Abfallvermeidungsförderung der österreichischen Sammel- & Verwertungssysteme für Verpackungen gefördert. Mittelfristig soll es sich selbst tragen.

Auf dem Gelände des ehemaligen Coca-Cola Werkes in Wien Favoriten entsteht in den nächsten Jahren die „Biotope City", ein Vorzeigeprojekt der Stadt Wien, um dem Klimawandel und der zunehmenden Verdichtung des urbanen Raumes entgegenzuwirken. Beim den Abbruch vorbereitenden Rückbau testete das BauKarussell zwischen Jänner und Mai 2017 erstmals sein innovatives Dienstleistungsangebot in einem großvolumigen Bauvorhaben: Durch die umweltgerechte, manuelle Demontage, Re-Use und Recycling wurden 100.000 Euro Umsatz generiert. Unter anderem werden 5.000 gebrauchte Dachplatten für die Wärmedämmung im Neubau des Biotope City Quartiers bereitgestellt, wie auch 3.000 m2 Dachbegrünung. Mit dem BauKarussell-Pilotprojekt wurden bisher insgesamt 450.000 kg Abfall vermieden, so Markus Meissner vom Österreichischen Ökologie-Institut.

Durch die Beschäftigung in den am Projekt beteiligten Sozialökonomischen Betrieben (SÖB) entstehen Chancen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen, wie etwa für langzeitarbeitslose Personen und Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Bauwirtschaft Fuß fassen wollen. Matthias Neitsch vom Re-Use-Netzwerk RepaNet schätzt das Re-Use-Potential bei den Rückbaumassen der nächsten Jahre auf bis zu zehn Prozent. „In Österreich könnten langfristig bis zu 9.000 neue Jobs durch die Etablierung von Projekten wie BauKarussell entstehen", so Neitsch.

Im Sommer 2017 war das BauKarussell bereits auf einer neuen Baustelle tätig, nämlich dem sogenannten „Glaspalast" in der Rathausstraße 1 im ersten Wiener Gemeindebezirk (Bauträger: BUWOG).

arbeit plus fordert

1. Investitionen in die aktive Arbeitsmarktpolitik

arbeit plus fordert von der österreichischen Bundesregierung ein zusätzliches Investitionspaket von 250 Millionen Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik

Eine existenzsichernde Beschäftigung – mit ausreichendem Stundenausmaß und anständigen Löhnen – ermöglicht Menschen Teilhabe an der Gesellschaft. Sie ist daher ein essentieller Baustein für gesellschaftliche Integration. Das gilt für alle Menschen – für langzeitarbeitslose Menschen ebenso wie für geflüchtete Menschen. Politik und Gesellschaft müssen daher alles in ihrer Macht Stehende tun, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen bei ihrer Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Mit einem zusätzlichen Investitionspaket von 250 Millionen Euro könnten insgesamt rund 10.000 Arbeitsplätze sowie weitere Beratungs- und Qualifizierungsangebote für benachteiligte Menschen geschaffen werden. Studien zeigen, dass sich die Ausgaben für solche Maßnahmen für den Staat innerhalb von fünf Jahren durch Rückflüsse (Wertschöpfung, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge) und Einsparungen bei Sozialtransfers selbst finanzieren (FISCACTIVE Group 2016).

2. Arbeit ist unverzichtbar, um Menschen Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen

arbeit plus setzt sich für die Schaffung von längerfristigen & dauerhaft geförderten Arbeitsplätzen ein

Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist in den letzten Jahren zu einem Massenphänomen geworden. Bereits mehr als 120.000 Menschen sind in Österreich seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Das führt nicht nur zu psychischen und familiären Problemen, zu Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung, sondern entwertet auch die Qualifikationen und Berufserfahrungen der betroffenen Menschen. Dadurch wird diesen der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt selbst bei einer besseren Wirtschaftslage erschwert.

arbeit plus setzt sich für die Schaffung von längerfristigen und dauerhaft geförderten Arbeitsplätzen ein, denn eine bezahlte Arbeit ist unverzichtbar, um Menschen Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Menschen, für die aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen eine Stelle auf dem Regelarbeitsmarkt (noch) nicht realistisch scheint, erhalten so die Chance auf eine existenzsichernde und sinnstiftende Beschäftigung.

3. Sozialen Unternehmen ermöglichen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen

arbeit plus setzt sich für moderne & flexible Rahmenbedingungen für Soziale Unternehmen ein, um deren unternehmerische Freiheit auszuweiten

Soziale Unternehmen haben umfangreiche Erfahrung als „Entwicklungsrahmen auf Zeit" für jene Menschen, die der Arbeitsmarkt benachteiligt. Um dieses Potenzial optimal nutzen zu können und ihrem arbeitsmarktpolitischen Auftrag gerecht zu werden, braucht es jedoch moderne Rahmenbedingungen, denn Soziale Unternehmen sind in Österreich einem straffen Regelkorsett unterworfen.

arbeit plus setzt sich für modernere und flexiblere Rahmenbedingungen für Soziale Unternehmen ein, die ihnen ermöglichen stärker zu wachsen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und die MitarbeiterInnen besser zu unterstützen. Dazu gehören aus unserer Sicht etwa modulare Angebote, flexiblere Verweildauern (=Dauer der befristeten Beschäftigung) und längerfristige Förderverträge. Zudem brauchen Soziale Unternehmen eine gesetzlich verankerte und gesicherte Finanzierung.

4. Umverteilung von Arbeit: Schaffung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzung

arbeit plus fordert eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für untere & mittlere Einkommen

Arbeit ist in Österreich ungleich verteilt: Während die einen bis zur Erschöpfung arbeiten, finden andere keinen Job. Es gilt, Strategien für eine neue und gerechtere Verteilung von Erwerbsarbeit zu entwickeln. Maßnahmen wie eine generelle Arbeitszeitverkürzung und eine höhere Besteuerung von Überstunden (bei gleichzeitiger Senkung der Lohnsteuer) tragen nicht nur zu einer gerechteren Verteilung von Erwerbsarbeit bei, sondern schaffen auch Spielraum für eine gerechteren Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern.

arbeit plus fordert aus diesem Grund eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen. In einem ersten Schritt sollte die Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden verkürzt werden und Überstunden höher besteuert werden. Insgesamt muss der Faktor Arbeit jedoch entlastet werden.

5. Ressortübergreifende Förderung eines geschlechtergerechten Arbeitsmarktes

arbeit plus macht sich für eine Neuverteilung & Neubewertung von bezahlter & unbezahlter Arbeit stark

Frauen verdienen in Österreich deutlich weniger als Männer. Mit einem „Gender Pay Gap" von rund einem Viertel zählt Österreich zu den Schlusslichtern innerhalb der EU. Gleichstellung ist ein Querschnittsthema und verlangt nach ressortübergreifenden Initiativen zu einer fairen Bewertung und Verteilung von Arbeit. Die unterschiedliche Bewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, ungleiche Bezahlung und Aufstiegschancen sowie die ungerechte Verteilung der unbezahlten Arbeit innerhalb der Familie können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden.

Aus diesen Gründen macht sich arbeit plus für Neuverteilung und Neubewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit stark. Wir befürworten ressortübergreifende, politische Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wie beispielsweise die Familienarbeitszeit, bei der beide Elternteile 30 Wochenstunden erwerbstätig sind.

6. Partizipation für arbeitssuchende Menschen statt „Generalverdacht" & Sanktionen

arbeit plus setzt sich für ein Mitspracherecht arbeitssuchender Menschen bei der Zuweisung zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ein

In den vergangenen Jahren wurden die Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsbestimmungen für arbeitslose Menschen sowie die Sanktionsmöglichkeiten des AMS schrittweise verschärft. Arbeitslosigkeit ist aber in erster Linie ein strukturelles Problem. Eine Erhöhung des Drucks auf arbeitslose Menschen schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz, sondern zwingt die Betroffenen in schlechte Jobs, von denen sie nicht leben können.

Ein Mitspracherecht der betroffenen Personen bei der Zuweisung zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stellt sicher, das deren Bedürfnisse und Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen und sorgt dafür, dass die Sozialen Unternehmen ihren arbeitsmarktintegrativen Auftrag gut erfüllen können. Gleichzeitig sollen die Sozialen Unternehmen die Möglichkeiten zur Mitbestimmung ihrer Beschäftigten fördern und ausbauen.

7. Lebensstandard von langzeitbeschäftigungslosen Menschen muss gesichert werden

arbeit plus fordert eine jährliche Valorisierung von Arbeitslosengeld & Notstandshilfe sowie ein Ende der Anrechnung von PartnerInneneinkommen auf die Notstandshilfe

Im Jahr 2016 galten bereits 121.775 Menschen als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose und waren damit seit mehr als einem Jahr in verfestigter Arbeitslosigkeit. Gerade für diese Personen wäre eine Wertsicherung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe – analog zu den Pensionen – essentiell, um ihren Lebensstandard nachhaltig zu sichern. Im Moment wird ein einmal festgelegtes Arbeitslosengeld nicht mehr an die Inflation angepasst.

arbeit plus fordert die erneute Einführung der jährlichen Valorisierung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Angesichts der in den letzten Jahren dramatisch gestiegenen Langzeitbeschäftigungslosigkeit wäre dies das Mindeste, um den Lebensstandard von Menschen in verfestigter Arbeitslosigkeit zu sichern. Für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen wäre auch ein Ende der Anrechnung von PartnerInneneinkommen auf die Notstandshilfe dringend geboten.

8. Eine gute Ausbildung ist eine der wichtigsten Grundlagen um Arbeitslosigkeit vorzubeugen

arbeit plus fordert Weiterbildungsoffensive für Menschen mit formal geringen Qualifikationen sowie die einfachere Anerkennung von Kompetenzen

Jedes Jahr gehen aufgrund der Digitalisierung zahlreiche Arbeitsplätze für Menschen mit geringem Bildungsniveau ersatzlos verloren. Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss sind daher deutlich häufiger und länger von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Personen.

arbeit plus fordert daher von der österreichischen Bundesregierung den Ausbau von niederschwelligen und modularen Aus- und Weiterbildungsangeboten für Menschen mit formal geringen und mittleren Qualifikationen, wobei während der Weiterbindung auf eine ausreichende Existenzsicherung geachtet werden muss. Ebenso wichtig ist die leichtere Anerkennung von Kompetenzen, die nicht im Rahmen einer formalen Ausbildung oder im Ausland erworben worden sind. Denn eine gute und am Arbeitsmarkt anerkannte Ausbildung ist eine der wichtigsten und nachhaltigsten Grundlagen, um Erwerbslosigkeit langfristig vorzubeugen.

Literatur

AK Wien (Hrsg.) (2016). Arbeitsmarkt im Fokus. Arbeitsmarktanalyse des 1. Halbjahres 2016. Mit Spezialteil zum Thema: Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

AMS Österreich (2017a). Arbeitsmarktdaten Online, abrufbar unter: http://iambweb.ams.or.at/ambweb/

AMS Österreich (Hrsg.) (2017b). Arbeitsmarktlage 2016, Wien

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2017). Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016 - Sozialpolitische Analysen, Wien.

Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande (Hrsg.) (2017). „Gib mir was, was ich wählen kann." Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen, Köln: Herbert von Halem Verlag

Dörre, Klaus (2016). Hartz IV und das Hamsterrad von Erwerbsarbeitslosen und Beschäftigten, in: blog.arbeit-wirtschaft.at, abrufbar unter: http://blog.arbeit-wirtschaft.at/hamsterrad-hartziv/ (letzter Zugriff: 13.7.2017)

Eppel, Rainer/Horvath, Thomas/Mahringer, Helmut (2014). Eine Typologie Arbeitsloser nach Dauer und Häufigkeit ihrer Arbeitslosigkeit 2010-2013. Aktualisierung, Regionalisierung und Ergänzung.

FISCACTIVE Group (2016). Labour Market Policies in Austria: The fiscal impact of support programmes, abrufbar unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/wagner_Fiscactive%20report_final_2016.pdf (letzter Zugriff: 6.9.2017)

Fuchs, Michael/Hollan, Katarina/Gasior, Katrin (2017). Simulation der Umlegung der Hartz-IV Reform auf Österreich, abrufbar unter: http://www.euro.centre.org/data/1498134467_87901.pdf (letzter Zugriff: 14.7.2017)

Grieger, Nadine (2015). Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit Arbeitsmarktservice Österreich (Hrsg.):, in: Spezialthema zum Arbeitsmarkt, Vol. November 2015

Sozialministerium (Hrsg.) (2017). Kennzahlen der Arbeitslosenversicherung, abrufbar unter: http://www.dnet.at/elis/Kennzahlen.aspx (letzter Zugriff: 11.7.2017)

Spannagel, Dorothee/Seikel, Daniel/Schulze Buschoff, Karin/Baumann, Helge (2017). Aktivierungspolitik und Erwerbsarmut, abrufbar unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_36_2017.pdf (letzter Zugriff: 14.7.2017)

Statistik Austria (2017). Tabellenband EU-SILC 2016. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

Weise, Frank-Jürgen (2017). Wir bezahlen ihnen Arbeit statt Hartz IV, abrufbar unter: http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/frank-juergen-weise-wir-bezahlen-ihnen-arbeit-statt-hartz-iv-1.3434765?reduced=true

arbeit plus

Ein Netzwerk von gemeinnützigen Sozialen Unternehmen im arbeitsmarktpolitischen Bereich

arbeit plus ist seit über 30 Jahren das unabhängige österreichweite Netzwerk von 200 gemeinnützigen Sozialen Unternehmen im arbeitsmarktpolitischen Bereich. Im Sinne der aktuellen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen möchten wir die Position der Sozialwirtschaft in Österreich und in Europa stärken. Darüberhinaus zeigt arbeit plus neue Wege und Verteilungsmöglichkeiten des Arbeitens, Wirtschaftens und Zusammenlebens auf.

Die Sozialen Unternehmen von arbeit plus unterstützen Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt werden, mit Beschäftigung, Beratung und Qualifizierung auf ihrem Weg zurück ins Erwerbsleben. Die Angebote richten sich an die unterschiedlichsten Gruppen, etwa langzeitbeschäftigungslose Personen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Mädchen und Frauen, Jugendliche, ältere Menschen, MigrantInnen, Personen mit Suchterkrankungen oder Haftentlassene. Für diesen arbeitsmarktintegrativen Auftrag erhalten Soziale Unternehmen öffentliche Förderungen.

Soziale Unternehmen bieten arbeitssuchenden Frauen und Männern einen Entwicklungsrahmen auf Zeit. Sie unterstützten sie dabei, bestehende Probleme im persönlichen Umfeld (Wohnungssuche, Schulden, Suchterkrankung, familiäre Schwierigkeiten etc.) zu lösen. Sie vermitteln praxisorientiertes Wissen, das besonders Menschen mit niedrigem formalen Bildungsstand zugute kommt. Außerdem kooperieren sie mit anderen Unternehmen bei der Suche nach passenden Arbeitsplätzen und beraten sie in Fragen von Gleichstellung, Diversität und sozialer Integration.

Themenpapiere

Die Themenpapiere von arbeit plus - Soziale Unternehmen Österreich beleuchten aktuelle politische Themen mit Bezug zur Arbeitsmarktpolitik. Auf dieser Seite können Sie alle bisher veröffentlichten Papiere in der jeweils aktuellsten Version herunterladen:

http://arbeitplus.at/themenpapiere/

Redaktion

Philipp Hammer: philipp.hammer@arbeitplus.at

Impressum

arbeit plus - Soziale Unternehmen Österreich
Herklotzgasse 21/3
1150 Wien

T +43 1 236 76 11
M office@arbeitplus.at
W http://arbeitplus.at